



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION  
SCHLOSSPLATZ 1-3  
65183 WIESBADEN  
TELEFON 0611 350-692  
TELEFAX 0611 350-1692  
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de  
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

11.11.2013

## Pressemitteilung

### **U3 Betreuung 38 Prozent Versorgungsgrad erreicht**

Zum 1. November ist in Hessen ein Versorgungsgrad von 37,9 % erreicht worden. Die Abgeordnete Sabine Bächle-Scholz, die den Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord) im Hessischen Landtag vertritt, schließt sich der Meinung des Hessischen Sozialministers Stefan Grüttner (CDU) an, dass dies „ein sehr ordentliches Zwischenergebnis beim Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige.“ darstellt.

Ebenso wie der Minister forderte die Abgeordnete die für den Ausbau zuständigen Städte und Kommunen auf, die ersten Erfahrungen „konsequent“ zu nutzen und ihre Angebote zu optimieren, durch bspw. Internetportale, die Auskunft über geplante und verfügbare Plätze geben und Doppelanmeldungen transparent machen. Auch könnten die Kommunen ihre Vernetzung intensivieren sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Betreuungseinrichtungen und Tagespflegepersonen schaffen. Man müsse beides im Blick halten, um eine Vielfalt der Angebote zu erreichen, so der Minister am Dienstag.

Bächle-Scholz lobt die Kommunen, die „große Anstrengungen unternommen haben, um möglichst allen Eltern, die dies wollen, einen Platz für ihr Kind zur Verfügung stellen zu können. In einer gemeinsamen Anstrengung von Land und Kommunen sind wir in Hessen relativ geräuschlos in den seit ab 1. August geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gestartet.“ Die Anstrengung des Landes, das so viele Mittel wie nie zuvor eingesetzt habe, um die für den Ausbau zuständigen Kommunen zu unterstützen, lobte die Abgeordnete. „Die Hessische Landesregierung gibt ab 2014 jährlich durchschnittlich 424,5 Millionen in diesen Bereich. Zum Vergleich in 1999 waren es gerade einmal 60 Millionen Euro.“

Sie schloss sich der Ermahnung des Sozialministers an, der betonte: „Dass wir in Hessen hier alle miteinander einen sehr guten Job gemacht haben und schon im Mai den vereinbarten Grad von 35 Prozent erreicht hatten, darf nicht dazu führen, dass Städte und Gemeinden beim Ausbau der Plätze jetzt nachlassen.“ Der Ausbau müsse weiter voranschreiten und den tatsächlichen Bedarfen angepasst werden. „Beim Land können hierfür noch rund 20 Millionen Euro abgerufen werden“, warb der Minister. In dem Zusammenhang begrüßte Grüttner den Vorstoß der Bundes-CDU, die Frist für die Auszahlung der Bundesmittel für den Ausbau zu verlängern. „Wenn diese Mittel verfallen, ist das ein völlig falsches Signal. Kinderbetreuung muss qualitativ und quantitativ konsequent befördert werden. Nur dann erreichen wir echte Wahlfreiheit“, so der Hessische Familienminister abschließend.